

# ZUKUNFTSPROGRAMM für Niederösterreich

erstellt im Zuge der  
LT-WAHL 2013

***Bürgerkandidat statt Parteisoldat  
Bürgerwille ist Programm  
Lösungen statt Parteienzank  
Endlich wieder wählen***

Bad Vöslau

Stand 18.2.2013

# VORWORT

## **Wir befinden uns heute in einer Systemkrise**

Die vorhandenen Probleme sind nicht einzeln zu lösen, sondern nur durch einen Prozess, der die gesamten gesellschaftlichen Bereiche erfasst.

## **Der Auslöser für die Systemkrise ist die Sinnkrise**

Das Materielle, das Geld steht im Vordergrund.  
das Gegeneinander prägt immer mehr den Alltag.  
Der Werteverlust bringt Orientierungslosigkeit.

**Mut zur Veränderung** bringt neue Lebenskraft und Hoffnung.  
Die Verwirklichung des einzelnen bringt Lebensqualität.  
Menschenwürdige Umgangsformen bringen Geborgenheit.  
**Gehen wir miteinander diesen Weg!**

## **Die Mutbürgerphilosophie**

Die Mutbürgerphilosophie dient als Orientierung für das tägliche Handeln und ist mit die Grundlage für die Ausarbeitung der Inhalte des Zukunftsprogrammes. Die gleichzeitige und gleichwertige Behandlung von funktionalen, sozialen und ideellen Bereichen bringt Lebensqualität und Effizienz. Die Mutbürgerphilosophie beinhaltet:

**Vision:** Der selbständige Mensch in der Gemeinschaft, der sich entsprechend seinen Fähigkeiten, Talenten und Möglichkeiten verwirklichen kann.

**Werte:** Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Freiheit und Ordnung

### **Grundsätze und feingliedrige Strukturen:**

- Leistung des Einzelnen
- Partnerschaft zwischen Partnern
- Zusammenarbeit in Gruppen
- Subsidiarität in der Gemeinschaft

Visionen, Werte, Grundsätze und Strukturen sind Elemente, die sich gegenseitig bedingen.

# DAS ZUKUNFTSPROGRAMM FÜR NIEDERÖSTERREICH

Dies ist eine Sammlung von Wünschen, Anliegen, Ideen und Sorgen der Bürger aus Niederösterreich. Sie wurden in Bürgerdialogen in Gemeinden und Bezirken erarbeitet.

Die Entwicklung der Inhalte ist ein permanenter Prozess, der über Wahlperioden hinausgeht.

Die Inhalte des EU-Leitbildes für den ländlichen Raum und die Mutbürgerphilosophie sind mit eine Grundlage dieses Zukunftsprogrammes für Niederösterreich.

Die Mitarbeiter und künftigen Abgeordneten der Mutbürger sind verpflichtet das Zukunftsprogramm für NÖ in der politischen Realität zu verankern und auch umzusetzen.

## Themen und Themensprecher

<b>A Politische Kultur</b>	<b>Ernest Zederbauer</b>	0664 5166356
<b>B Demokratie, Staatsreform Bürgerbeteiligung</b>	<b>Dr. Josef Lueger</b>	0676 7105416
<b>C Verwaltungsreform und Sanierung der Finanzen in Gemeinden Land und Staat</b>	<b>Herbert Weinzettl</b>	0699 10916817
<b>D Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Arbeitsplätze</b>	<b>Stephan Gruber</b> <b>Herbert Weinzettl</b>	0676 4234133 0699 10916817
<b>E Außenpolitik und EU</b>	<b>Martin Krämer BA, MA, MES</b>	067689991341
<b>F Bildung</b>	<b>Mag. Markus Lechner</b> <b>Ing. Robert Moser</b>	06642248821 06641430076
<b>G Gemeinden, Orte, Dörfer, Vereine</b>	<b>Ing. Manfred Schärfinger</b>	0664 3263512
<b>H Umwelt, Natur, Tierschutz</b>	<b>Rudi Erdner MAS</b>	0664 4021961

<b>I Energie</b>	<b>Dipl.päd. Peter Loy</b> 0676 3439639
<b>J Land- und Forstwirtschaft</b>	<b>Christoph Heig</b> 0664 1574404
<b>Weinbau</b>	<b>Mag. Markus Lechner</b> 06642248821
	<b>Karl Beisteiner</b> 0676 82536015
<b>K Familien, Generationen</b>	<b>Melanie Kapeller</b> 0660 2126452
	<b>DI Birgit Katzengruber</b> 0664 5468910
<b>L Jugend</b>	<b>Gloria Leeb</b> 0676 9197462
	<b>Matthias Dollfuß</b> 0699 10782535
<b>M Mobilität, Nahversorgung</b>	<b>DI Birgit Katzengruber</b> 0664 5468910
<b>N Öffentliche Daseinsvorsorge</b>	<b>Rudi Erdner MAS</b> 0664 4021961
<b>O Soziales, Gesundheit, Pflege, Sicherheit</b>	<b>Franz Hofbauer</b> 0650 2201223
<b>P Politik im Land NÖ</b>	<b>Ing. Manfred Schärfinger</b> 0664 3263512
	<b>Herbert Weinzettl</b> 0699 10916817
<b>Q Landesdienst, Landesbedienstete</b>	<b>Wolfgang Laaber</b> 0699 12203305
<b>R Wechsel jetzt</b>	<b>Ing. Robert Moser</b> 0664 1430076

## A POLITISCHE KULTUR

### 1. Wertschätzender Umgang mit allen politischen Partnern

Gemeinsames Handeln statt Partei-Hickhack.  
Gleiche Augenhöhe statt Vorurteile.  
Ehrlichkeit und Offenheit statt Lüge und Intrigen.

### 2. Kompetente Politiker

Wertorientierung statt Beliebigkeit.  
Menschlichkeit statt Überheblichkeit.  
Gesprächsfähigkeit statt Ignoranz.  
Teamfähigkeit und Konfliktbearbeitungskompetenz.  
Assessment (Auswahlverfahren) für Politiker.

### 3. Nachhaltigkeit

Langfristiges Denken statt kurzfristiges Gewinnstreben.  
Lebensgrundlagen erhalten statt Raubbau an der Natur.  
Lebensqualität statt Zukunftsangst.

## B DEMOKRATIE

### 1. Gewaltenteilung

Gewaltenteilung statt Machtkonzentration.  
Gesetzgebende Gewalt, vollziehende Gewalt und rechtsprechende Gewalt soll vom Volk separat gewählt werden.  
Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein statt Korruption und Machtmissbrauch.  
Gewissensentscheidung statt Klubzwang.

### 2. Direkte Demokratie

Mehr verbindliche Volksabstimmungen statt Entscheidungsdiktate.  
Obligatorische Volksabstimmung bei jeder Verfassungsänderung.  
Volksinitiativen müssen Volksabstimmungen durchsetzen können.  
Jedes Gesetz muss vom Volk beeinspruchbar bleiben.  
Ausführliche Information der Bürger über Für und Wider.

### **3. Bürgerbeteiligung**

Politisches Ohnmachtsgefühl führt zu Politikverdrossenheit.  
Bürgerbeteiligungsprozesse statt einsame Entscheidungen von wenigen.

Einbindung der Bürger in Planungs- und Durchführungsprozesse statt vorbestimmte Lösungen realisieren. Dadurch wird Selbstinitiative, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Kompetenz in Sachfragen gefördert.

### **4. Rechtsstaatlichkeit**

Vermeidung von Willkürentscheidungen, Intransparenz und Verschleppung von Gerichtsprozessen.  
Keine Verschanzung hinter dem Amtsgeheimnis.  
Gleichbehandlung von Politikern und Bürgern.  
Verwaltung muss Gesetze einhalten, statt sie zu umgehen  
Klubzwang rechtlich ahnden.

### **5. Wahlrecht**

Gleiche Voraussetzungen für etablierte Parteien statt Benachteiligung neuer Gruppierungen.  
Kandidatur von neuen Parteien fördern statt bewusst verhindern.  
Faire Berichterstattung über alle Parteien statt massive Bevorzugung der Etablierten.  
Jede Stimme soll gleich viel wert sein statt Mandatsraub durch 4%-Hürde zum Einzug in den Landtag und in den Nationalrat.

### **6. Kandidatenfindung**

Integre Persönlichkeiten ohne Geld- und Machtgier.  
Bürger schon bei der Kandidatenauswahl einbinden statt fertige Parteilisten zur Wahl stellen.  
Echte Persönlichkeitswahl mit Vorzugsstimmen, die zählen statt Vortäuschung von Reihungsmöglichkeiten, die fast nicht möglich sind.  
Verpflichtendes Assessment-Center (Auswahlverfahren).

## **C VERWALTUNG**

1. Subsidiarität auf allen Ebenen umsetzen. Selbständige und selbstverantwortliche Mitarbeiter in der Verwaltung zulassen statt Mitarbeiter zu Parteisoldaten degradieren.
2. Für Bürger verständlich, überschaubar und widerspruchsfrei formulierte Gesetze statt „Beamtendeutsch“.
3. Verwaltungsreform endlich umsetzen statt weiterhin Steuergeld verschwenden.
4. Transparenz statt vorgeschobener Amtsverschwiegenheit.
5. Kontrolle effizient durchführen.

## **D. WIRTSCHAFT, FINANZEN, STEUERN, ARBEITSPLÄTZE**

1. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.
2. Die Realwirtschaft gegenüber der Geldwirtschaft den Vorrang geben. Die Willkür und Macht der Banken ist einzuschränken und die Geldschöpfung in staatliche Hand zu geben.
3. Die regionale Wirtschaft mit den überwiegend Klein- und Mittelbetrieben ist zu stärken statt der Abwanderung in Ballungszentren Vorschub zu leisten.
4. Reduktion der Macht von Konzernen.
5. Gemeinwohlökonomie statt Geldwirtschaft. Belohnung von ökologisch nachhaltigem Wirtschaften (mit Standards).
6. Rahmenbedingungen für KMU und EPU (Ein-Personen-Unternehmen) verbessern.

## E. AUSSENPOLITIK / EU

1. Das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsrichtlinie ist auch für den Aufbau der EU in allen Bereichen sicherzustellen und hat die zentralistischen Tendenzen abzulösen.
2. Die konsequente Gewaltenteilung ist auch in der EU zu verwirklichen. Die Gesetzgebung, das EU-Parlament, die Regierung, die durchführende Gewalt und die obersten Organe der Gerichtsbarkeit sind direkt durch die EU-Bürger zu wählen. Damit wird der Korruption und dem immer mehr um sich greifendem Machtmissbrauch entgegengewirkt.
3. Anpassungsprozesse zur Weiterentwicklung ohne Nivellierung nach unten.
4. Überregulierung abbauen und Macht der Konzerne verringern.
5. Bei Steuern, Sozialstandards und Umweltaspekten keine Nivellierung nach unten zulassen.
6. Friedenspolitik ernsthaft betreiben.
7. Österreichische EU-Politiker müssen den Willen der Österreichischen Bürger in die EU tragen.
8. Verbleib in der EU von der Einhaltung der Vereinbarungen abhängig machen. Bei Nichterfüllung dieser grundsätzlichen demokratischen Forderungen muss es einen geregelten Ausstieg durch Volksentscheide für jedes Mitgliedsland geben.



## **F. BILDUNG**

1. Bildungseinrichtungen von Grund auf erneuern statt weiterhin durch Flickwerke verschlechtern.
2. Auswahl der Lehrer nach persönlicher Eignung und Kompetenzkriterien: soziale, pädagogische, methodische Fähigkeiten.
3. Führungskräfte im Bildungsbereich nach Managementmethoden trainieren und auswählen, statt weiterhin parteipolitisch motivierte Besetzungen durchführen.
4. Bildungsstrukturen und Organisationen auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüfen und entsprechen den Notwendigkeiten neu gestalten statt überkommene aus der Tradition entstandene Strukturen weiter mitschleppen.

## **G. GEMEINDEN, DÖRFER, ORTE, VEREINE**

1. Die längst überfällige Verwaltungsreform im Land und Bund durchführen und die frei werdende Mittel den Gemeinden zuführen. Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist dahingehend zu ändern, dass die Gemeinden massiv mehr Gelder zur Verfügung haben, anstatt die Gemeinden weiterhin finanziell auszuhungern.
2. Investitionen für Infrastrukturprojekte aus den Mitteln des neuen Finanzausgleiches verwenden und damit die örtliche Wirtschaft mit Aufträgen versorgen anstatt über Abwanderung und Arbeitsplatzmangel in den ländlichen Gebieten zu klagen.
3. Eine Bildungsoffensive für Verantwortungsträger in unseren Gemeinden starten, damit die Bürgerbeteiligungsprozesse und Projekte mit Arbeitskreisen und Projektgruppen in den Dörfern selbst durchgeführt werden können, anstatt viel Geld in den bürokratischen Strukturen der Stadt- und Dorferneuerung, den Agenda 21 oder bei Leader-Projekten versickern zu lassen.

## H. UMWELT, NATUR, TIERSCHUTZ

1. Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen statt Raubbau zu Gewinnzwecken.
2. Schützenswerte Lebensräume der Pflanzen und Tiere sind zu erhalten statt geförderte Industrieprojekte auf Kosten des Naturschutzes in die Landschaft zu setzen.
3. Die Artenvielfalt sichert den Erholungswert der Landschaft und ist daher absolut schützenswert, statt eine weitere Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zuzulassen.
4. Rückbau: Mehr Lebensraum schaffen für Pflanzen, Tiere und Menschen
5. Naturschutzexperten einbinden.
6. Artgerechte Tierhaltung.
7. Die Werte der Natur sind im Zweifelsfall über den wirtschaftlichen Nutzen zu stellen.

## I. ENERGIE

1. Mehr Unterstützung für erneuerbare, dezentrale Energieformen: Photovoltaik, Biomasse.
2. In Energiefragen ist eine volle Informationspflicht für die Bürger einzuhalten und Bürgerbeteiligungsprozesse sind verpflichtend durchzuführen, statt die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen.
3. Die EU- Vorgabe eines dezentralen Energie-Mixes ist einzuhalten, statt die Allmacht der Stromkonzerne zu festigen.
4. Die Elektromobilität, aber auch andere Antriebsarten durch erneuerbare Energie sind speziell zu fördern, statt weiterhin auf fossile Energieträger zu setzen.
5. Gemeinden zu Netto-Energielieferanten aufbauen.
6. Umwelt und Klimaschutz sind sowohl weltweit über Abkommen abzusichern, aber auch dezentral und durch den Bürgerwillen zu regeln, statt auf die katastrophalen Auswirkungen untätig zu warten.
7. Kostenwahrheit bei fossilen Brennstoffen und Kernstrom
8. Energie-Autarkie auf allen Ebenen anstreben. Viele kleine Einheiten, um Energietransportverluste zu minimieren.
9. Neue Erkenntnisse umsetzen statt in Schubladen verschwinden lassen (Freie Energie).

## **J. LANDWIRTSCHAFT**

1. Die Landwirtschaft muss wieder das Leben von Bauernfamilien erhalten können. Unsere jungen Landwirte müssen dazu ermutigt und dabei unterstützt werden die über Generationen gewachsene Tradition fortführen zu können und schrittweise die Versorgungssicherheit mit landwirtschaftlichen Produkten für die Bevölkerung wieder herzustellen zu können.
2. Unabhängigkeit von multinationalen Konzernen.
3. Faire Preise für gesundheitsfördernde landwirtschaftliche Produkte, damit die Familien aus kleineren Betrieben davon auch leben können, anstatt den Lebensmittelmarkt komplett den Agrarkonzernen zu überlassen.
4. Unsere Landwirte dürfen nicht auf Ausgleichszahlungen angewiesen, und auch nicht abhängig von Saatgutfirmen sein, um nicht „Almosenempfänger“ zu sein und in Abhängigkeiten zu ersticken.
5. Umstellung auf ökologisch verantwortungsbewusste Landwirtschaft.
6. Keine Gentechnik in Lebensmitteln, Futtermitteln und Saatgut.

## **WEINBAU**

7. Weinbauernsterben entgegenwirken. Übergabe von Familienbetrieben erleichtern.
8. Unterstützung von Wein-Exporten von Kleinbetrieben. Es sind Rahmenbedingungen notwendig, um den österreichischen Wein auch international weiterhin im Spitzenfeld vermarkten zu können, und um rechtzeitig die Entwicklungschancen zu wahren.
9. Förderung des ökologischen Weinbaus.

## **K. FAMILIEN, GENERATIONEN**

1. Familie stärken, lebenserhaltende Grundversorgung sichern. Elterngeld mit Sozialversicherung, wenn ein Elternteil zu Hause bleibt anstatt über zu geringe Geburtsraten zu klagen.
2. Preiswerte und attraktive Wohnmöglichkeiten für Jungfamilien, sowie familienfreundliche Einrichtungen in den Gemeinden schaffen anstatt eine Abwanderung und eine Überalterung der Gemeinde zu beklagen.
3. Kinderwohl ins Zentrum rücken; Recht des Kindes auf beide Elternteile.
4. Generationenübergreifende Pflege und Betreuung finanziell abgelden.
5. Schleifenden Übergang in den Ruhestand forcieren und die Senioren verstärkt in die Gemeindegarbeit bei Gemeinschaftsprojekten mit Ihrem Wissens und Erfahrungsschatz einbeziehen, anstatt unsere alten Menschen im Pensionsschock verkümmern zu lassen.

## **L. JUGEND**

1. Wertschätzung, Toleranz und Akzeptanz den jungen Menschen entgegenbringen und sie bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes selbst aktiv und eigenverantwortlich wirken lassen, anstatt sie zu bevormunden und auszugrenzen nur weil sie anders als die ältere Generation sind.
2. Leistbarer Start ins selbständige Leben, z.B. Wohnen, Mobilität (TopJugendTicket auch für Studenten)
3. Verantwortlicher Umgang mit der Natur in Hinblick auf die nachfolgenden Generationen.

4. Die Drogenpolitik neu überdenken und die Argumente der jungen Menschen ernst nehmen und sie aktiv wirken lassen, anstatt die Vorstellungen der älteren Generation autoritär umzusetzen.
5. Bedürfnisgerechte und zeitgemäße Bildung, Lehrer sollten die Rolle eines Lerncoaches übernehmen. Die Bildungspolitik an die Vorstellungen und Erfahrungen der jungen Menschen sind anzupassen denn sie wissen noch am besten, wo Veränderungen bzw. notwendig und sinnvoll sind.

## **M. MOBILITÄT, NAHVERSORGUNG**

1. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind durch die Einbindung der Bürgerbedürfnisse, unter besonderer Berücksichtigung der Jugend und der Senioren attraktiv zu gestalten hinsichtlich der Linienführung, der Frequenz und der Fahrtzeiten, anstatt weiterhin auf den Individualverkehr angewiesen zu sein.
2. Ein weiteres Einstellen der Bahnstrecken ist zu verhindern und eine Überprüfung der Reaktivierung von stillgelegten Bahnlagen ist unter Einbindung der Bürger zu überdenken, damit kein Volksvermögen durch überstürzte Maßnahmen verloren geht.
3. Die Nahversorgung muss sichergestellt werden. Die Bürger sind bereits in die Konzeptionsphase bei Flächenwidmungsplänen einzubinden, damit insbesondere bei der Entstehung von Gewerbeparks, bereits auf die oft überregionalen Auswirkungen, besser Rücksicht genommen werden kann, anstatt nachher die Nachteile bei der Nahversorgung widerspruchlos zur Kenntnis nehmen zu müssen.

## **N. ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE**

1. Alle zum Leben der Bürger notwendigen Güter und Dienstleistungen sind durch staatliche Einflussnahme so zu sichern, dass die Versorgung für die Bürger gewährleistet ist und dies sowohl in der Menge als auch in der Qualität und in der Preisgestaltung, anstatt auf Versorgungsengpässe zu warten.
2. Die Privatisierung der Wasser- und Kanalleitungen ist sofort einzustellen und die bereits erfolgten sind wieder unter öffentlichen Einfluss zu stellen, da sich bereits im Ausland heraus gestellt hat, dass die kurzfristige Gewinnmaximierung der Konzerne bewirkt hat, dass die Kosten für die Bürger nach oben, die Qualität nach unten und die Reparaturarbeiten oft vollkommen vernachlässigt wurden.
3. Gewährleistung von Gesundheits- und Energieversorgung durch die öffentliche Hand.
4. Sicherstellung von Grundnahrungsmitteln und Produkten des täglichen Gebrauchs.

## **O. GESUNDHEIT, PFLEGE, SOZIALES, SICHERHEIT**

1. Das Gesundheitswesen ist komplett neu zu überdenken.
2. Förderung der Gesunderhaltung durch einen Systemwandel: statt permanenten Leistungsdruck und Konsumzwang sinnerfüllte Arbeit und Freizeit:
  - dadurch werden Lebensqualität der Bürger erhöht,
  - Ausfallzeiten in der Arbeitswelt minimiert,
  - die Kosten für Ärzte und Medikamente gesenkt.

3. Die Krankenkassenreform ist überfällig. Der bürokratische Aufwand ist zu minimieren und ein Zusammenlegen der Krankenkassen hat endlich zu erfolgen.
4. Besseres Qualitätsmanagement bei Therapieformen.
5. Für alle Familien leistbare Pflege mit ausreichender sozialer Absicherung der Pflegenden.
6. Die Armut in Österreich muss noch besser abgedeckt bzw. vermieden werden. Dazu sind geeignete Maßnahmen gemeinsam mit den Betroffenen und anderen Bürgern in Bürgerdialogen zu entwickeln und umzusetzen.
7. Ein menschenwürdiges Dasein ist für alle sicherzustellen, die in der Gemeinschaft mitgewirkt haben oder mitwirken wollen. Ermöglichung von würdevollem Sterben.
8. Zivilschutz verbessern: Schnittstellen von Sicherheitskräften mit der Bevölkerung herstellen, Bevorratung von Lebensmitteln und lebenserhaltenden Gütern für einen Zeitraum von sechs Monaten, Notfallszenarien mit Bürgern üben.
9. Friedensförderung auf allen Ebenen der Gesellschaft: Familie, Bildung, Wirtschaft, Politik
10. Erhöhter Datenschutz und keine Vorratsdatenspeicherung



## P. POLITIK IM LAND NÖ

1. Eine Reduktion der Machtkonzentration im Land NÖ ist die Voraussetzung für ein gedeihliches künftiges Miteinander. Die Arroganz der „Mächtigen“ hat bereits Ausmaße angenommen, die einem Parteidiktat sehr ähnlich wird.
2. Eine Zusammenarbeit aller Kräfte in unserem Land auf gleicher Augenhöhe bringt Lebensqualität und nachhaltige Lösungen. Die Politikverdrossenheit wird dadurch verringert und die Bürger honorieren dies durch vermehrte Mitwirkung statt Kampf und gegenseitiges Runtermachen das allen schadet.
3. Die lückenlose Offenlegung der Finanzgebarungen der Gemeinden und des Landes mit allen im öffentlichem Einfluss stehenden Betrieben und Gesellschaften und Kapitalveranlagungen ist notwendig, um das Vertrauen wieder herzustellen statt weiterhin die Verschleierung der Finanzen zu betreiben.
4. Die Parteibuchwirtschaft „von der Wiege bis zur Bahre“ ist sofort abzustellen. Ebenso sind sofort die Aufzeichnungen über missliebige Bürger und Mitarbeiter zu vernichten, damit wird sich die Angst der Bürger und Mitarbeiter vor Nachteilen, Einschüchterungen und Erpressungsversuchen verringern.
5. Bürgereinbindung in wichtige politischen Prozesse.
6. Generelles Spekulationsverbot mit Steuergeldern.
7. Mehr soziale Kompetenz, persönliche Integrität, Wertorientierung, Führungs- und Organisations-Knowhow bei Politikern. Verpflichtendes Kompetenztraining für Abgeordnete und Mandatare.
8. Persönliche Haftung für Politiker.
9. Konkrete Kontrolle für Gemeinden

## **Q. LANDESDIENST / LANDESBEDIENSTETE**

1. Ermittlung der Zufriedenheit und Wünsche der Landesbediensteten.
2. Viele Mitarbeiter im Landesdienst streben selbständiges Arbeiten und Eigenverantwortung an, leider wird dies durch die Politik in vielen Fällen verhindert, ja sogar unterbunden.
3. Die Führungskräfte im Landesdienst sollen in Trainings für Verantwortungsträger vorbereitet und laufen weiterentwickelt werden.
4. Managementmethoden wie Controlling, Qualitätsmanagement, Personalmanagement, Informationsmanagement und Wissensmanagement sind auszubauen bzw. einzurichten.
5. Keine parteipolitische Einflussnahme auf die Verwaltung.

## **R. DER WECHSEL JETZT**

Die Verursacher der Krise können die Lösungen nicht finden.  
Es gibt nur eine Chance:

**Sie sind im Zuge der Landtagswahlen abzuwählen.**

**Danach sind folgende Maßnahmen zu setzen:**

1. Offenlegung sämtlicher Finanzgebarungen in den Gemeinden, im Land und in den mit der öffentlichen Hand verbundenen Gesellschaften und Firmengeflechten.
2. Verbot aller Spekulationsgeschäfte durch die Öffentliche Hand.

3. Sinnvoller risikoarmer Ausstieg aus allen Spekulationsgeschäften.
4. Einführung von Buchhaltungs- und Managementsystemen, wie sie sich in der Privatwirtschaft bewährt haben.
5. Sanierung der Landes-, und Staatsfinanzen durch eine umfassende Verwaltungsreform.
6. Verlagerung der frei werdenden Gelder durch den Finanzausgleich überwiegend in die Gemeinden, um die regionale Wirtschaft anzukurbeln und der Abwanderung aus ländlichen Gebieten entgegenzuwirken.
7. Gewaltenteilung im Land NÖ. Die obersten Organe der Verwaltung und im Schulbereich sind von den Bürgern direkt zu wählen, um den „Parteiensumpf wirkungsvoll trocken legen zu können“.
8. Bildungsoffensive in den Gemeinden für die Verantwortungsträger, damit diese, die von der EU geförderten Programme für Ihre Gemeinden selbst durchführen können und nicht auf die parteipolitisch motivierte Bürokratie der Stadt- und Dorferneuerung und ähnlicher Einrichtungen angewiesen sind.
9. Besonderes Augenmerk ist auf Familien und die Jugend legen und sie bei den Reformbewegungen aktiv gestalterisch einzubinden, denn für sie kommt die Erneuerung vorwiegend zum Tragen.

**Alle im Landtag vertretenen Parteien sind einzuladen in dieser ernststen Situation an der Sanierung des Landes mitzuwirken. Die Gespräche sind auf gleicher Augenhöhe zu führen. Langfristig angelegte Konzepte sind gemeinsam mit den Betroffenen (Bürgern, Mitarbeiter der Verwaltung ...) zu entwickeln, umzusetzen und die Umsetzung zu überprüfen. Auch bei Schwierigkeiten wird nicht aufgeben nach dem Grundsatz:**

**Immer im Konsens ein Ergebnis erzielen zu wollen.**